NACHRICHTEN
Österreich

Regierungskritik: ÖVP, SPÖ und Grüne im Streit um Zukunftspläne!

Am 13. März 2025 diskutierte der Bundesrat das neue Regierungsprogramm der Koalition aus ÖVP, SPÖ und NEOS sowie deren Herausforderungen.

Laimgrubengasse 10, 1060 Wien, Österreich - In einer hitzigen Debatte im **Bundesrat** wurde das Regierungsprogramm der neuen Regierungskoalition aus ÖVP, SPÖ und NEOS vorgestellt. Dabei äußerten die Bundesräte Bedenken zur finanziellen Belastung durch Maßnahmen der „teuersten Regierung aller Zeiten“, wie Andreas Arthur Spanring von der FPÖ kritisierte. Die Freiheitlichen warfen der Regierung vor, lediglich alte Probleme zu verschärfen und durch Steuererhöhungen sowie Pensionskürzungen zu belasten. In Reaktion auf diese Vorwürfe betonten Vertreter der ÖVP die Notwendigkeit von Kompromissen und die Verantwortung der Regierung, insbesondere angesichts einer aktuellen Inflation und besorgniserregender wirtschaftlicher Herausforderungen, wie von Harald Himmer (ÖVP) hervorgehoben.

Matthias Zauner (ÖVP) verteidigte die Regierungspolitik und agrarisch-inspirierte Programme, während die SPÖ in einem Antrag die Budgetkonsolidierung und die Unterstützung für soziale Systeme forderte. Laut Stefan Schennach (SPÖ) könne man mit dem Mietpreisdeckel erste positive Akzente setzen. Die Grünen äußerten sich optimistisch und signalisierten die Bereitschaft zur Zusammenarbeit, während sie zugleich auf ihre kritische Rolle als Oppositionspartei hinwiesen. Marco Schreuder (Grüne) plädierte für ein starkes Europa, um den aktuellen geopolitischen Herausforderungen gewachsen zu sein, und hob

die Wichtigkeit der transatlantischen Zusammenarbeit hervor, während er klargemacht hat, dass viele Maßnahmen der Regierung auch kritisch betrachtet werden müssen.

FPÖ und ihre Rolle in der Exekutive

Die FPÖ, die zwar derzeit nicht Teil der Bundesregierung ist, hat eine längere□□□geschichte in der Exekutive und stellte in der Vergangenheit mehrfach den Vizekanzler, wie in der Zeit von 2000 bis 2005 in einer Koalition mit der ÖVP. Wie **fbi-politikschule.at** berichtet, ist die FPÖ in mehreren Landesregierungen aktiv, einschließlich Niederösterreich und Oberösterreich, wo sie mit der ÖVP zusammenarbeitet. Diese historische Verankerung hat die FPÖ in den Bundesländern Stabilität verschafft, wobei sie gegenwärtig jedoch nicht in der Bundesregierung vertreten ist. Der wiederholte Verweis der Freiheitlichen auf eine „Einheitspartei“ insgesamt soll darum die politische Diskussion über die neue Regierung weiter anheizen.

Details	
Ort	Laimgrubengasse 10, 1060 Wien, Österreich
Quellen	• **www.ots.at** • **www.fbi-politikschule.at**

Besuchen Sie uns auf: die-nachrichten.at